

## A4 Grundsatzprogramm

Gremium: Campusgrün Bundesvorstand

Beschlussdatum: 02.05.2024

Tagesordnungspunkt: 9 Satzungs - und Ordnungsändernde Anträge

## Antragstext

1 Wir kämpfen für eine bessere Gesellschaft

2  
3 Als Campusgrün-Bundesverband blicken wir zurück auf über 20 Jahre Einsatz und  
4 Aktivismus für grün-alternative Politik an den Hochschulen, Universitäten und  
5 darüber hinaus!

6  
7 In der Präambel unserer Satzung legen wir uns darauf fest, für die  
8 Verwirklichung einer Gesellschaft einzutreten, "in der soziale Gerechtigkeit  
9 herrscht, die Menschenrechte tatsächlich umgesetzt sind, in der niemand  
10 diskriminiert wird". In unserem Grundsatzprogramm wollen wir nun skizzieren, wie  
11 wir uns eine solidarische, feministische, ökologische, gewaltfreie und  
12 emanzipatorische Hochschullandschaft vorstellen.  
13 Die Stärke unserer lokalen Mitgliedsgruppen ist es, Probleme zu erkennen und  
14 konkrete Ideen für die Verbesserung der Umwelt zu erarbeiten. Grüne  
15 Hochschulgruppen leisten außerdem wichtige Bildungsarbeit, bilden Bündnisse und  
16 prägen den feministischen, antifaschistischen und klimagerechten Diskurs.

17  
18 Als grüne Studierende im Campusgrün-Bundesverband verstehen wir uns nicht nur  
19 als studentischen Verband, sondern als politisches Subjekt. Zusammen haben wir  
20 den Anspruch, die Gesellschaft von den Hochschulen aus, in Bündnissen oder mit  
21 Kooperationspartner\*innen zu gestalten, bestehende Strukturen zu hinterfragen  
22 und Vorschläge für ein Gesellschaftssystem jenseits des Kapitalismus zu  
23 erarbeiten.

24 Wir leben Demokratie! Von der kleinsten lokalen Ebene bis zum bundeweit  
25 vernetzten Verband leben wir diese nicht nur vor; wir fordern sie jeden Tag aufs  
26 Neue ein. Wir sehen in Hochschulen und Universitäten wichtige Bausteine für eine  
27 freie und solidarische Gesellschaft. Deshalb müssen auch die Hochschulen und  
28 Universitäten Freiheit und Solidarität vorleben.

29  
30 Als Studierende sehen wir uns nicht als Konsument\*innen eines  
31 Ausbildungsprogramm für Kapital und Markt, sondern als Wissenschaftssubjekte,  
32 die aktiv an Wissenschaft teilhaben, die Wissenschaft und den  
33 Wissenschaftsbetrieb kritisieren, proaktiv verbessern und dabei einen  
34 unabdingbar wichtigen Anteil leisten. Gerade als feministischer Verband arbeiten  
35 wir an einer Neuorganisation der Hochschulstruktur und Hochschuldemokratie.

36  
37 Partizipative Demokratie  
38  
39 Immer wieder ist die Hochschuldemokratie Spielball gesellschaftlicher Konflikte.  
40 Im Nationalsozialismus wurden die jungen Studierendenschaften zur Speerspitze  
41 des Faschismus und nahmen zahlreich an Bücherverbrennungen teil. Als Studierende  
42 tragen wir die Verantwortung, dass sich so etwas nie wieder wiederholt.

43  
44 In den 1968ern wurden Studierendenbewegungen zum zentralen Ort  
45 gesellschaftlicher Debatte und Veränderung. An vielen Hochschulen wurde so  
46 endlich echte Partizipation von Studierenden möglich. Die Gruppenuniversität, in  
47 der wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen und Studierende zumindest ein Stück weit  
48 einbezogen werden, ist ein Meilenstein im Kampf für eine demokratisierte  
49 Gesellschaft. In vielen Bundesländern wurde dies nie vollständig verwirklicht,

50 so hat Bayern nach wie vor keine verfassten Studierendenschaften.

51

52 Mit steigendem Ökonomisierungsdruck steht die Hochschuldemokratie wieder  
53 verstärkt auf dem Spiel. Hochschulräte gewinnen an Bedeutung gegenüber dem  
54 akademischen Senat, Bologna nimmt den Studierenden die Möglichkeit die  
55 theoretischen Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen, ohne ihr Studium zu  
56 gefährden.

57 Daher fordern wir unter anderem, dass an jeder Hochschule alle Gruppen - von den  
58 Studierenden über den Mittelbau und die Mitarbeitenden in Technik & Verwaltung  
59 bis hin zur Ebene der Hochschullehrer\*innen - in den Entscheidungsgremien an  
60 jeder Hochschule paritätisch vertreten sind.

61 Doch unser Engagement endet nicht bei der Univeristät. Wir setzen uns auch über  
62 die Grenzen der Universität hinaus für einen echten sozialen Wandel in der  
63 Gesellschaft ein.

64

65 Ein zentrales Anliegen von uns ist, dass es flächendeckend verfasste  
66 Studierendenschaften gibt, in denen Studierende eigenständig und demokratisch  
67 über ihre Anliegen entscheiden. Dazu braucht es studentische Landes- und  
68 Bundesverbände. Der freie Zusammenschluss von Student\*innenschaften (fzs e.V.)  
69 spielt als Kooperationspartner\*in und als bundesweiter Verband eine unabdingbare  
70 Rolle. Um unsere Interessen vertreten zu können, stehen wir dafür ein, dass  
71 Studierendenschaften ihr politisches Mandat aktiv ausüben können.

72

73 Ökologische Gerechtigkeit

74

75 Aufbruch aus der vorherrschenden kapitalistischen Verwertungslogik – hinein in  
76 den nachhaltig klimagerechten und gemeinwohlorientierten Hochschulraum!

77

78 Angesichts der notwendigen sozial-ökologischen Transformation baut ökologische  
79 Gerechtigkeit darauf auf, den Menschen als Bestandteil der Natur und nicht als  
80 losgelöst von dieser aufzufassen. Diese wechselseitige Beziehung gilt es  
81 grundlegend ökologisch gerechter und im Einklang mit anderen Lebensformen zu  
82 gestalten. Das muss im Konflikt mit dem Kapital durchgesetzt werden, denn dieses  
83 reduziert die Natur seit jeher zu einer ausbeutbaren Ressource und führt zur  
84 Zerstörung unseres Planeten. Gegen diese Zerstörung müssen wir die Erde und die  
85 Natur endlich schützen. Ökologische Gerechtigkeit schafft Bedingungen für eine  
86 ökologische Entwicklung und Erhaltung aller Spezies, für Mindeststandards einer  
87 gesunden, lebenswerten Mitwelt.

88 Campusgrün als Zusammenschluss zahlreicher grün-alternativer Hochschullisten  
89 erkennt die Notwendigkeit von Veränderungen in ihrer Dringlichkeit an und sieht  
90 sich als einen Bestandteil von vielen Akteur\*innen der Nachhaltigkeits-,  
91 Biodiversitäts- und Klimagerechtigkeitsbewegung. Dabei wollen wir sowohl die  
92 Hochschulen als auch die Studierendenwerke mit priorisiertem Nachdruck für die  
93 Gegenwart und Zukunft sozial- und umweltverträglich aufstellen. Wir stellen uns  
94 der Verantwortung, die Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten. Die radikal-  
95 ökologischen Positionen in den Studierendenschaften und den grün-alternativen  
96 Hochschulgruppen sollen umgesetzt und von dort aus in den Diskurs getragen  
97 werden. Außerdem kämpfen wir für eine von der breiten Gesellschaft getragene,  
98 ökologische und sozial gerechte Ökonomie die frei von Ausbeutungsverhältnissen,  
99 undemokratischen Machtverhältnissen und Ausgrenzung ist und das Zusammenleben in  
100 einer solidarischen Gemeinschaft ermöglicht.

101 Der Aufbruch aus dem kurzsichtigen, Gewinn orientierten, Ungleichheit  
102 schaffenden und Ressourcen verbrennenden Zeitalter des Kapitals muss in den  
103 Arbeitsstrukturen, den Landes- und bundespolitischen Programmatiken der  
104 Studierendenschaften sowie in den Vorlesungssälen, der Forschung und den  
105 Verwaltungen der Hochschullandschaft stattfinden.  
106 Deshalb positionieren wir uns für nachhaltig ausgestaltete und ökologisch  
107 ausfinanzierte Hochschulen und Studierendenwerke. Diese müssen in der  
108 Infrastruktur, vor allem in den Liegenschaften, dem Fuhr- und  
109 Forschungsinstrumentenpark sozial gerecht und klimaneutral betrieben werden. Der  
110 motorisierte Individualverkehr soll durch einen flächendeckenden, kostenfreien  
111 ÖPNV, Sharing-Konzepte und einen Ausbau der Radinfrastruktur ersetzt werden. Das  
112 Ernährungsangebot sollte regional, saisonal und fair hergestellt sein und  
113 genügend Möglichkeiten für eine vegane oder vegetarische Ernährung bieten.  
114  
115 Die Energie- und Verkehrswende muss partizipativ für alle sein und transparent  
116 dokumentiert werden. Dem Mangel an problembewussten Verhalten soll durch die  
117 Förderung pazifistischer, kapitalismuskritischer und tierversuchsfreier  
118 Forschung und dem Aufzeigen von Alternativen in interdisziplinärer Lehre in  
119 allen Studiengängen entgegengewirkt werden.  
120  
121 Zu unserer Vision gehört die offene Bildung für eine klimagerechte Zukunft. Hier  
122 muss insbesondere ein kritischer Fokus gelegt werden auf Scheinlösungen durch  
123 technischen Fortschritt, das Propagieren einer sogenannten green economy und  
124 Entwicklungsdiskurse, bei denen bestehende Abhängigkeitsverhältnisse verstetigt  
125 und neue Abhängigkeitsverhältnisse etabliert werden. Die gesellschaftliche  
126 Vermittlung wird basisdemokratisch organisiert, dabei werden alle  
127 hochschulpolitischen Institutionen zur Einhaltung und Umsetzung verpflichtet.  
128 Die Wirtschaftsdemokratisierung wird wissenschaftlich vorbereitet und gegen  
129 Konzerninteressen eingefordert. Der motorisierte Individualverkehr wird ersetzt  
130 durch einen flächendeckenden, kostenfreien ÖPNV und einen Ausbau der  
131 Radinfrastruktur, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen.  
132  
133 Solidarität und Bildung ohne ökonomische Zwänge  
134 Inklusiv, sozial und antikapitalistisch:  
135  
136 Campusgrün stellt sich konsequent gegen die Ausbeutung und Ausgrenzung von  
137 Studierenden. Wir widersprechen dem marktorientierten Wettbewerb an Hochschulen,  
138 der in Kombination mit einer chronischen Unterfinanzierung des Bildungssystems,  
139 soziale und ökonomische Ungleichheiten zwischen Menschen und Regionen verstärkt.  
140 Gute Studienbedingungen sollen, abseits der kapitalistischen  
141 Herrschaftshierarchien, den Menschen in seiner jeweiligen Lebenssituation  
142 strukturell unterstützen und stärken - auch für das Leben nach dem Studium.  
143 Hochschulbildung darf keine knappe Ware für ökonomisch und familiär  
144 privilegierte sein und muss allen barrierefrei, mindestens aber barrierearm  
145 zugänglich sein. Für ein inklusives Zusammenleben müssen die strukturellen  
146 Bedingungen gesichert sein.  
147 Deshalb fordern wir:  
148 Der Hochschulraum muss der Digitalisierung weiterhin die Türen offen halten. So  
149 wie während der Corona-Pandemie auch, muss die Möglichkeit bestehen, digital an  
150 Universitätsveranstaltungen - sei es an der Lehre oder an Gremienarbeit -  
151 teilnehmen zu können und entsprechende technische Voraussetzungen geschaffen

152 werden, sodass bedarfsgerechte Studienkapazitäten für alle und über die  
153 Regelstudienzeit hinaus bereitgestellt werden können, um den individuellen  
154 Leistungsdruck aufzulösen, welcher der solidarischen Kooperation untereinander  
155 oftmals im Weg steht.  
156 Daraus leiten wir weiterhin unsere Ablehnung jeglicher Studiengebühren ab. Auch  
157 die Forderung nach einem elternunabhängigen, an den Wohnort angepassten,  
158 dynamisch und ausreichend finanzierten Vollzuschuss für alle Studierenden, der  
159 nicht zurückgezahlt werden muss und über die Regelstudienzeit hinaus geht leiten  
160 wir daraus ab. Für alle Beschäftigten an den Hochschulen fordern wir gerechte  
161 Arbeitsbedingungen. Für Studierende bedeutet das vor allem ein tariflich  
162 abgesicherter (Stunden-)Lohn, der die Studienfinanzierung ergänzen sollte oder  
163 andere Möglichkeiten der Studienfinanzierung gänzlich ersetzen könnte. Auch  
164 internationale Studierende sollten in Deutschland während des Studiums  
165 berufstätig sein dürfen.

#### 166 Antifaschismus

168 Der rasante Anstieg von Antisemitismus, nicht zuletzt seit dem 7. Oktober 2023,  
169 sowie die weiterhin bestehende Verleugnung und Verharmlosung des Holocaust,  
170 ermahnen uns, dass "Nie wieder" nicht bloß eine leere Phrase bleiben darf,  
171 sondern dass auch Taten auf diese Worte folgen müssen. Wir stellen uns deshalb  
172 solidarisch an die Seite aller Menschen, die von Antisemitismus betroffen sind.  
173 Gleichzeitig stellen wir uns an die Seite der palästinensischen  
174 Zivilbevölkerung, die nicht nur unter dem Terror der Hamas, sondern auch unter  
175 den gezielten Angriffen Netanyahus auf den Gazastreifen leiden.  
176 Palästinenser\*innen und Menschen muslimischen Glaubens sehen sich mit steigendem  
177 antimuslimischen Rassismus konfrontiert. Wir stellen uns klar gegen jeden  
178 Antisemitismus und jeden Rassismus.  
179 Nicht erst seit der Correctiv Recherche zur AfD, die im Januar 2024 erschienen  
180 ist, sind wir uns der wachsenden Gefahr durch die AfD bewusst. Schon zu ihrer  
181 Gründung vor 11 Jahren machte die AfD deutlich, dass sie Anti-EU eingestellt  
182 ist, und seitdem fällt sie zunehmend durch Menschenfeindlichkeit,  
183 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auf. Und auch, dass die AfD an  
184 Anhängerschaft gewinnt, obwohl sie immer radikaler wird, ist nichts Neues für  
185 uns. Nicht zuletzt die populistische Hetze der AfD gegen die Regierung, ob  
186 während der Corona Pandemie oder gegen sämtliche Vorhaben der Ampel-Regierung,  
187 findet Zuspruch in vielen Teilen der Gesellschaft. Gerade die Corona-Pandemie  
188 hat erneut zu einem Erstarren der AfD geführt, denn die wissenschaftsfeindlichen  
189 Postulationen der AfD, die sich mit den Einstellungen der Querdenken-Bewegung  
190 stark gedeckt haben, haben es möglich gemacht, dass auch die anderen Ansichten  
191 der AfD bis in die Mitte der Gesellschaft vordringen konnten und dort ohne sie  
192 groß zu hinterfragen angenommen wurden. Die Notwendigkeit einer Brandmauer gegen  
193 die AfD besteht nicht erst seit gestern, doch stellen wir immer häufiger fest,  
194 dass andere konservative Parteien, allen voran die CDU, ihre Probleme haben mit  
195 der Abgrenzung von der AfD. So ist die geschlossene Einheit von AfD und CDU gegen  
196 geschlechtliche und sexuelle Vielfalt, die sich zuletzt im Genderverbot in  
197 Bayern äußerte, ein Paradebeispiel dafür, dass unsere so hochgehaltene  
198 Brandmauer schwächelt. Unser Ideal einer Hochschule und Gesellschaft ohne  
199 Diskriminierung: In der Hochschule, der hochschulpolitischen Organisation und der  
200 gesamten Gesellschaft darf kein Platz für Faschist\*innen, Rassist\*innen und  
201 Antisemit\*innen sein. Um solchen Kräften den Raum zu nehmen, müssen Hochschule  
202 und Studium nach dem Grundsatz der Gleichheit organisiert werden.

203 Damit dieser Grundsatz gelebt werden kann, bedarf es aber struktureller  
204 Änderungen. Ganz grundlegend gehört dazu die finanzielle Absicherung  
205 Studierender durch flächendeckendes und elternunabhängiges BAföG und Wohngeld,  
206 die über der Armutsgrenze liegen und tatsächlich finanzielle Sicherheit  
207 schaffen. Außerdem müssen die Hochschulen für eine Lehre einstehen, die sich an  
208 den Grundsätzen der Gleichheit orientiert und frei von jeglicher Form der  
209 Diskriminierung ist. Studentenverbindungen und insbesondere Burschenschaften  
210 dürfen kein Platz an Universitäten haben und so weder in die Matrikel  
211 aufgenommen noch als Hochschulgruppen anerkannt werden.  
212 Das Hinnehmen von Ungleichheiten, ohne dagegen vorzugehen, bedeutet für uns, das  
213 Fortbestehen ebendieser zu gewährleisten. Deshalb setzten wir uns auch über die  
214 Hochschule hinaus gegen jede Art der Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung  
215 ein.

216 Die Rolle von Hochschulen und Forschung:

217 Wissenschaft muss analysieren, wie rechte Einstellungen immer wieder in  
218 hegemoniale Positionen kommen. Hierfür muss der Grundsatz gelten: Wissenschaft  
219 ist sehr oft politisch, ob sie es will oder nicht. Ihre Wahrnehmung und  
220 Vermittlung können kein Abbild einer bewusstseinsunabhängigen Realität, eines  
221 objektiven Ursprungs abliefern. Gesteht man sich das ein, muss das „objektiv  
222 Normale“ durch historische Sozialisation und Materialität konstruiert und  
223 definiert werden.

224  
225  
226 Lehre muss in diesem Kontext so organisiert werden, dass die Beschäftigung mit  
227 Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Standard in der  
228 Ausbildung ist. Gerade die Tatsache, dass Hochschulen nicht nur in ihrem eigenen  
229 Wirkungskreis tätig sind, sondern als Triebfeder für gesellschaftlich  
230 progressive Entwicklungen die Gesellschaft verändern können, unterstreicht die  
231 Wichtigkeit dieser Forderung. Dazu gehören  
232 auch ein verstärkter Fokus auf Demokratiebildung und das Aufzeigen und  
233 Entkräften rechter und faschistischer Argumentationsstrukturen.

234  
235 Campusgrün unterstützt also den Grundsatz, dass die Aufgabe von  
236 antifaschistischer Wissenschaft demnach sein muss, „sich mit ihrer Vergangenheit  
237 auseinanderzusetzen und danach zu fragen, wie Gesellschaft und Individuen  
238 verfasst sein müssen, um ein Wiedererstarken des Faschismus zu verhindern“\* Wir  
239 setzen uns dafür ein, dass die Auseinandersetzung mit der Geschichte  
240 gesellschaftlicher und studentischer Bewegungen in umfassender Form gefördert  
241 wird, aus der wir Schlüsse für unsere aktuelle politische Praxis ziehen können.  
242 Dabei sollten die Hochschulen offen vorgehen und sich in der Öffentlichkeit klar  
243 von denjenigen distanzieren, die Forschung und Lehre offen zu diskreditieren  
244 versuchen.

245  
246 \*(Christ/Suderland 2014: Soziologie und Nationalsozialismus: Suhrkamp).

247  
248 Internationalismus

249  
250 Wir alle leben auf dem selben Planeten und dabei sollte es keinen Unterschied  
251 machen, auf welchem Erdteil wir geboren sind. In Zeiten wachsender globaler  
252 Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Globalisierung, internationaler  
253 Kooperationen und Konflikte, Interdependenzen sowie einer zunehmenden globalen

254 Öffentlichkeit müssen wir die Scheuklappen der nationalen Grenzen hinter uns  
255 lassen und uns als eine Weltgesellschaft verstehen, die gemeinsam und  
256 solidarisch diese Herausforderungen angeht. So anspruchsvoll die Veränderungen  
257 einer sich globalisierenden Welt für einige auch sein mögen, das Erstarken von  
258 Isolation und Nationalismus löst die Probleme nicht, sondern lässt diese nur  
259 noch größer werden. Stattdessen sollten wir die Vielfalt und Vernetzung als  
260 Chance sehen, eine faire, freie und fortschrittliche Weltgesellschaft zu fördern.

261  
262 Eine global vernetzte akademische Gemeinschaft ist für viele Beteiligte jetzt  
263 schon eine Selbstverständlichkeit und als Studierende profitieren wir von dieser  
264 Offenheit und gestalten sie aktiv mit. Wissenschaft und ein solidarisches  
265 Studium müssen dazu beitragen, Grenzen und Vorurteile abzubauen. So muss sich in  
266 Seminaren mit verschiedenen Demokratiekonzepten auseinandergesetzt werden und  
267 sich mit verschiedenen Konzepten der Konfliktvorbeugung beschäftigt werden. Die  
268 Antwort auf Konkurrenz und Krieg kann nur eine globale sein und somit ist  
269 globale Bildungsarbeit nichts anderes als eine weitere Form der Friedensarbeit:  
270 Mit Waffen führt man Kriege, mit Theorie und Praxis beendet man sie! Als  
271 CampusGrün setzen wir uns deshalb für die Verankerung einer Zivilklausel in  
272 sämtlichen Universitätsleitbildern und Hochschulgesetzen ein.

273 Dabei ist uns nur zu sehr bewusst, dass eine globale Gesellschaft nicht bedeuten  
274 darf, ein europäisch-nordamerikanisches Gesellschaftsmodell auf die gesamte Welt  
275 auszuweiten.

276 Allen Menschen soll die Mitgestaltung der Gesellschaft möglich sein. Das heißt,  
277 Menschen des globalen Südens, marginalisierte Gruppen und die ökonomisch  
278 Benachteiligten in alle Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Internationale  
279 Zusammenarbeit heißt, immer solidarisch zu sein!

280  
281 Als Campusgrüne wollen wir bei allen unseren Entscheidungen die globale  
282 Bedeutung mitdenken. Wir versuchen unsere theoretischen Überlegungen und den  
283 daraus resultierenden Aktivismus zu internationalisieren. Doch auch vor Ort  
284 versuchen wir, dafür die Hürden für Beteiligung abzubauen, diskutieren  
285 Perspektiven und Ideen gemeinsam und basisdemokratisch und versuchen Räume zu  
286 schaffen, damit sich Studierende eine Stimme geben können, egal welche Sprache  
287 sie sprechen. Wir widersetzen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit und  
288 treten ausschließenden Ideologien mit aller Kraft entgegen. Wir engagieren uns  
289 für Projekte im Bereich internationaler gemeinsamer Praxis, der Friedens- und  
290 Anti-Kriegsarbeit, der (Post-)Kolonialismuskritik und der globalen Solidarität  
291 mit unterdrückten, verfolgten und ausgebeuteten Menschen.

292  
293 Feminismus und Gender  
294 Gemeinsam kämpfen wir immer und überall gegen das Patriarchat!

295  
296 Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und  
297 agender Personen (FLINTA\* Personen) sind diejenigen, die am meisten vom  
298 Patriarchat betroffen sind, mehr noch dann, wenn sie mehrfachmarginalisiert  
299 sind.

300 FLINTA\* Personen sind am stärksten von der Klimakrise betroffen, insbesondere  
301 diejenigen aus dem Globalen Süden. Vor allem weiblich sozialisierte FLINTA\*  
302 Personen übernehmen den Großteil der Care-Arbeit. Dies geschieht auch deshalb,  
303 weil die Gesellschaft den Anspruch an Frauen und somit an alle weiblich  
304 sozialisierten Menschen stellt, sich um den Haushalt zu kümmern, unabhängig von

305 ihrer Arbeitszeit und selbstverständlich auch unentlohnt. Zu Care-Arbeit zählt  
306 außerdem emotionale Kompetenz. In der Arbeitswelt sind FLINTA\* Personen nach wie  
307 vor benachteiligt gegenüber endo-cisgeschlechtlichen Männern - auch aufgrund der  
308 Care-Arbeit. Insbesondere queere Menschen erfahren häufig Diskriminierung am  
309 Arbeitsplatz, ob nun offene Homo- oder Transfeindlichkeit oder schlichtweg das  
310 Fehlen geschlechtsneutraler Toiletten, die insbesondere Intergeschlechtliche  
311 oder Nichtbinäre nutzen könnten. Darüber hinaus ist auch die Berufswelt behaftet  
312 von Geschlechterstereotypen. Diese zeigen sich sowohl in den Berufsbildern und  
313 ihrer geschlechtsspezifischen Zuordnung, als auch in der ungleichen Bezahlung und  
314 Wertschätzung von Berufen, aber auch an der unterschiedlichen Behandlung  
315 innerhalb des gleichen Berufsfeldes je nach Geschlecht. Die Gefahr von  
316 Diskriminierung und Gewalt droht auch an der Universität. Dies äußert sich nicht  
317 nur durch explizite Gewalt und Übergriffe, die vor allem aufgrund von  
318 Besitzansprüchen an als weiblich interpretierten Körpern und rape culture  
319 existieren, sondern auch durch unsichtbare Diskriminierung, wie beispielsweise  
320 am Arbeitsplatz.

321 Der Schutz vor Übergriffen an der Universität ist oft nicht ausreichend gegeben  
322 und die Aufarbeitung von Übergriffen - sei es durch Machtmissbrauch oder durch  
323 mangelnde Sensibilität oder fehlende Stellen - gestaltet sich schwierig.  
324 Insgesamt steigt die Zahl sexistischer und queerfeindlicher Übergriffe massiv an  
325 und auch die Zahl der Femizide wird von Jahr zu Jahr höher. Aus diesem Grund  
326 stehen wir nach wie vor solidarisch hinter der #MeToo-Bewegung und sämtlichen  
327 Opfern sexualisierter, misogynen und queerfeindlicher Gewalt und  
328 Diskriminierung.

329 Man sieht also: Die Prekarität von FLINTA\* Personen steigt massiv an und wirkt  
330 sich ebenfalls auf die Bildungslandschaft und die Universität aus.  
331 Doch es sind nicht nur FLINTA\* Personen von der Unterdrückung durch das  
332 Patriarchat betroffen. Endo-cisgeschlechtliche Männer werden durch das  
333 Patriarchat in die Rolle des starken, unemotionalen Mannes gezwungen und sehen  
334 sich tagtäglich mit toxischer Maskulinität konfrontiert. Dies hat insbesondere  
335 Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der endocisgeschlechtlichen Männer,  
336 da ihnen von kleinauf beigebracht wird, dass sie keine Gefühle oder Emotionen  
337 zeigen und bloß nicht als schwach wirken dürfen und sie somit bei  
338 gesundheitlichen Beschwerden häufig keine ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.  
339 Von toxischer Männlichkeit sind aber auch trans\* Männer, inter\* Männer,  
340 nichtbinäre Menschen, die als männlich interpretiert werden, schwule oder  
341 bisexuelle Männer und Männer, die sich eher "feminin" präsentieren, betroffen,  
342 insbesondere dadurch, dass sie sich mit den entsprechenden Rollenerwartungen,  
343 die an männliche Personen gestellt werden, konfrontiert sehen, und wenn sie  
344 diese nicht erfüllen, Gewalt und Diskriminierung erfahren.  
345 Was wir also sehen, ist dass Diskriminierung stets mit Weiblichkeit und/ oder  
346 der Abweichung von einer Norm zusammenhängt. Dem zugrunde liegt ein  
347 biologistisches, binäres und auf Stereotypen basierendes Verständnis von  
348 Geschlecht, dem wir entschieden widersprechen.

349  
350 Verantwortungsvolle Wissenschaftspraxis  
351 Zur gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft

352  
353 Wissenschaft soll für gesellschaftliche Emanzipation und das gute Leben für alle  
354 sorgen, kritisch und frei sein und gleichzeitig im Dienst der Gesellschaft  
355 stehen. Dafür muss sie staatlichen wie wirtschaftlichen Einflüssen Widerstand



356 leisten um das Vertrauen der Gesellschaft zurückzugewinnen.

357

358 Die zunehmende Wettbewerbsorientierung der Forschung anstelle von Management-  
359 ähnlichen Strukturen, die zum Abbau demokratischer Selbstverwaltung führen,  
360 sowie eine Verstetigung von Zugangshürden statt einer inklusiven Öffnung des  
361 Bildungssystem, führt in der Gesellschaft zum Gefühl des Käuflichen, und  
362 diskreditiert die Gesamtheit der Wissenschaft.

363

364 Wir erkennen an, dass wissenschaftliche Auseinandersetzung immer zugleich  
365 Produkt und Produzent\*in gesellschaftlicher Diskurse und Kämpfe ist. Themen aus  
366 dem öffentlichen Diskurs "diffundieren" ständig in die wissenschaftliche Sphäre  
367 und umgekehrt. Aufgrund dieser gesellschaftlich geprägten Heterogenität muss das  
368 Streiten in der Universität der Grundsatz jeder Disziplin werden.

369

370 Gegen die Geschichtsvergessenheit und versuchte Neutralisierung muss die  
371 Wissenschaft danach fragen, wie es zum Auftreten gesellschaftlicher  
372 Herausforderungen kommt, welche Auswirkungen sie haben und wie sie bewältigt  
373 werden können. Dabei definieren rechte, diskriminierende Positionen endgültig  
374 die Grenzen der wissenschaftlichen Lehrbefugnis. Sie mögen legal sein Sie mögen  
375 legal sein - aber in Hinblick auf eine solidarische Gesellschaft auf gar keinen  
376 Fall legitim! Aktuelle Herausforderungen wie die Klimakrise, Pandemien, der  
377 russische Angriffskrieg in der Ukraine, der immer weiter eskalierende Konflikt  
378 im Nahen Osten, Exklusionsmechanismen, Veränderungen der Arbeitswelt sowie  
379 soziale Spaltungen benötigen eine demokratische und reflektierte Wissenschaft,  
380 die sich den Normen einer demokratischen pluralen Gesellschaft sowie dem  
381 Gemeinwohl verpflichtet.

382

383 Die demokratische Pluralität muss sich in der demokratischen Mitbestimmung auf  
384 Hochschulebene niederschlagen. Die resultierenden politischen Diskurse sind  
385 ebenso notwendig wie die Autonomie von Hochschulen gegenüber übergeordneten  
386 politischen Organen. Es genügt jedoch nicht nur, wenn Wissenschaftsfreiheit  
387 gesetzlich garantiert ist, sie kann nur existieren, wenn Forschende auch die  
388 finanziellen Mittel und die Zeit besitzen, sich mit ihrer Disziplin  
389 auseinanderzusetzen. Dazu braucht es eine ausreichende und verlässliche  
390 Grundfinanzierung der Hochschulen und wissenschaftlichen Institute sowie nicht-  
391 prekäre und allseitig inklusive Beschäftigungsverhältnisse.

392 Wettbewerb um die Vergabe von Geldern kann und darf eine ausreichende  
393 Grundfinanzierung nicht ersetzen. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass  
394 Wissenschaft und Gesellschaft in einem ständigen Dialog miteinander stehen. Es  
395 müssen gesellschaftliche Diskussionen über die Folgen von Technologien und neuen  
396 wissenschaftlichen Erkenntnissen hinsichtlich ihrer ethischen und ökologischen  
397 Konsequenzen stattfinden. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen in allgemein  
398 verständliche Sprache übersetzt und in die Gesellschaft hineingetragen werden  
399 sowie für jede\*n frei zugänglich sein.

400

401 Wir stellen uns gegen ein Verständnis von Transfer, das die Third Mission allein  
402 auf den Technologietransfer und die (privat-) wirtschaftliche Ausnutzung der  
403 Erkenntnisse in Form des Gründens von Start Ups vorsieht. Für die regionale  
404 Akzeptanz von Hochschulen ist mehr als das Schaffen von Arbeitsplätzen und  
405 isoliertem Wissenschaftsbetrieb notwendig. Eine Verankerung wird nur erreicht  
406 mit offenen Begegnungsräumen, einem engen Kontakt mit den Menschen vor Ort und

407 dem beschäftigen mit in der Region vorliegenden Problemlagen.  
408 Als Campusgrüne kämpfen wir für eine friedliche Welt; an der Hochschule und  
409 darüber hinaus, mit friedlichen Mitteln und gewaltfreier Aktion. Wir glauben,  
410 dass vor allem die Wissenschaft in der Pflicht steht, Wege friedlicher  
411 Konfliktlösung und Möglichkeiten des gewaltfreien Zusammenlebens aufzuzeigen.  
412 Aus diesem Grund lehnen wir jegliche militärische Forschung oder kriegerische  
413 Nutzung von Forschung ab und fordern eine strenge Zivilklausel für alle  
414 staatlichen Hochschulen. Wissenschaftsbereiche wie Friedensforschung und  
415 Konfliktprävention sollen stärker gefördert werden.  
416 Hochschulen sollen auch jenseits ihrer Forschung ein gewaltfreier Ort sein;  
417 Übergriffe jeglicher Art müssen restlos aufgeklärt und geahndet werden und das  
418 gesellschaftliche Klima sollte so gestaltet sein, dass sich alle Beteiligten  
419 sicher und wohl fühlen können. In unserer Vorstellung sind Hochschulen Orte der  
420 Verantwortung füreinander, anstelle von Orten der militärischen Verantwortung,  
421 welche die Profitsteigerung der Industrienationen zum Ziel hat. Wissenschaft und  
422 Forschung bedeutet, dem Gemeinwohl verpflichtet zu sein und gesellschaftliche  
423 Verantwortung zu übernehmen; wider den Profitinteressen!

## Begründung

Unser altes Grundsatzprogramm ist von 2020. Seitdem hat sich sowohl (hochschul-)politisch, als auch gesamtgesellschaftlich einiges getan. Wir leben nach wie vor in einer Zeit multipler Krisen, die wir in unserem Grundsatzprogramm thematisieren wollten. Darüber hinaus wurden einige Änderungen vorgenommen, die eher redaktioneller Natur waren.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich